

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40
Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

Per E-Mail

Bundesamt für Kommunikation

tp-secretariat@bakom.admin.ch

24. September 2025

Änderung der Verordnung über Fernmeldedienste; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. Juni 2025 wurden die Kantonsregierungen zur Vernehmlassung in rubrizierter Angelegenheit eingeladen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau dankt Ihnen für die Gelegenheit, dazu Stellung nehmen zu können und äussert sich wie folgt:

Der Regierungsrat steht der Möglichkeit des Absetzens von Notrufen mittels Echtzeittexts skeptisch gegenüber. Menschen mit Sprach- oder Hörbehinderungen verfügen heute bereits über verschiedene Möglichkeiten, sich im Notfall Hilfe zu holen, indem sie den Notruf über einen Vermittlungsdienst absetzen oder sie dafür die App "DeafVoice"¹ verwenden. Bei Verwendung einer Textfunktion im Sinne der Vorlage besteht das Risiko, dass Rückfragen der Alarmzentralen gar nicht, nicht zeitgerecht oder nicht zielführend beantwortet werden. Auch bei konventionellen Notrufen per Anruf muss die Alarmzentrale die notwendigen Informationen für eine korrekte Unterstützung in der Regel durch gezieltes Rückfragen beschaffen. Eine reine Kommunikation über eine Textfunktion wäre komplizierter und ein deutlicher Mehraufwand für die Alarmzentralen. Vor allem wäre in den meisten Fällen ein Zeitverlust unvermeidlich.

Die weiteren vorgesehenen Änderungen der Verordnung über Fernmeldedienste (FDV) unterstützt der Regierungsrat vollumfänglich.

Für allfällige Rückfragen steht Ihnen Herr Rudolf Moos, Stabsmitarbeiter des Departements Volkswirtschaft und Inneres (062 835 14 14, rudolf.moos@ag.ch) gerne zur Verfügung.

¹ <https://deafvoice.ch/>

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Dieter Egli
Landammann

Joana Filippi
Staatsschreiberin



KANTON
APPENZEL INNERRHODEN

Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
tp-secretariat@bakom.admin.ch

Appenzell, 18. September 2025

Änderung der Verordnung über Fernmeldedienste Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. Juni 2025 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Änderung der Verordnung über Fernmeldedienste zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie ist mit der Vorlage einverstanden.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission
Der Ratschreiber:

Roman Dobler

Zur Kenntnis an:

- Justiz-, Polizei- und Militärdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 10d, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidg. Departement für Umwelt,
Verkehr, Energie und Kommunikation
3003 Bern

Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 18. September 2025

Eidg. Vernehmlassung; Änderung der Verordnung über Fernmeldedienste (Einführung einer Textfunktion bei Notruf); Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. Juni 2025 unterbreitet das Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation einen Änderungsentwurf der Verordnung über Fernmeldedienste bis zum 14. Oktober 2025 zur Vernehmlassung.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Er begrüsst den vorliegenden Änderungsentwurf der Verordnung über Fernmeldedienste. Insbesondere begrüsst er, dass die Vorlage einen bedeutenden Schritt zur nachhaltigen Stärkung, Modernisierung und Inklusion des schweizerischen Notrufwesens beiträgt.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie
und Kommunikation UVEK

Per E-Mail (in Word & PDF) an:
tp-secretariat@bakom.admin.ch

RRB Nr.: 985/2025
Direktion: Sicherheitsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

17. September 2025

**Vernehmlassung des Bundes: Teilrevision der Verordnung vom 09. März 2007 über Fern-
meldedienste (FDV)**
Stellungnahme des Kantons Bern

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat des Kantons Bern dankt Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

1. Grundsätzliches

Die vorgeschlagenen Änderungen stellen aus Sicht des Regierungsrates einen bedeutenden Schritt zur Stärkung, Modernisierung und Inklusion im Notrufwesen der Schweiz dar, welcher insgesamt zu einer deutlichen Steigerung der Systemsicherheit des Notrufwesens in der Schweiz führt.

Er begrüsst insbesondere:

- die Orientierung am Referenzmodell Notrufe Schweiz;
- die Praxistauglichkeit und Einbindung aller Akteure;
- die Einführung des Echtzeittextes (RTT) für einen barrierefreien Zugang;
- die Trennung von Not-, Hilfs- und Beratungsdiensten;
- die Einführung einer Kurznummer für die Opferhilfe zur Umsetzung der Istanbul-Konvention.

Mit dem vorliegenden Entwurf zur Verordnung über Fernmeldedienste (FDV) werden einerseits die Bedürfnisse der Notsuchenden und andererseits der entgegennehmenden Notrufdienste berücksichtigt und zukunftsfähig gestaltet. Dabei bildet das von der Organisation Notrufe in Zusammenarbeit mit dem BAKOM und den Mobilfunkanbietern erarbeitete Referenzmodell Notrufe die Grundlage. Dank der geplanten Massnahmen kann die Resilienz des Notrufwesens wesentlich verbessert werden.

Zudem wird sichergestellt, dass die Notdienste von Polizei, Feuerwehr und Sanität insbesondere für Menschen mit einer Hörbehinderung zugänglich werden. Die Funktion ist zudem auch für alle anderen Personen nutzbar, die situationsbedingt nicht sprechen können, etwa aufgrund einer Verletzung oder einer Gefahrensituation.

Die Notrufausfälle in den Jahren 2020 bis 2022 haben zu grossen Anstrengungen von allen Betroffenen (Notdienste von Polizei, Feuerwehr und Sanität, BAKOM, Konzessionärin der Grundversorgung und den Fernmeldediensteanbietern) geführt. Die Organisation Notrufe hat dabei einen wesentlichen Beitrag geleistet, dass der vorliegende Entwurf eine gute Qualität hat und die Bedürfnisse aller Betroffenen berücksichtigt.

Der Regierungsrat befürwortet den vorliegenden Entwurf zur Verordnung über Fernmeldedienste (FDV) ausdrücklich, da er:

- die technologische Entwicklung aufgreift und zukunftsfähige Lösungen bietet;
- die Resilienz des Systems verbessert (u. a. gegen Überlast und Fehlkonfigurationen);
- sowohl die Bedürfnisse der Notsuchenden als auch der Notrufdienste berücksichtigt.

Der Regierungsrat begrüsst, dass Hilfs- und Beratungsdienste künftig für Anrufende unentgeltlich erbracht sowie auf der Rechnung folglich nicht ersichtlich sein werden, und u.a. so zu einem erhöhten Opferschutz beitragen wird.

2. Anträge

Art. 28a - Absatz 5 FDV

Der Regierungsrat begrüsst ausdrücklich Absatz 5, der den Zugang zu den Notdiensten via Echtzeittext (RTT) sicherstellt. Damit erfolgt ein wichtiger Beitrag zur Barrierefreiheit. Der Regierungsrat beantragt aber die folgende Anpassung:

«Die Mobilfunkkonzessionärinnen müssen im Rahmen des öffentlichen Telefondienstes den Zugang zu den Notdiensten auch mittels Echtzeittext (Real Time Text, RTT) gewährleisten.»

Dies ist ein essenzieller Fortschritt in Richtung Barrierefreiheit und somit für die Gleichstellung von Menschen mit einer Hör- und/oder Sprachbehinderung. Der direkte Zugang zu den Notdiensten ist damit auch für diese Personen gewährleistet.

Art. 30 FDV

Der Regierungsrat befürwortet diesen Artikel grundsätzlich, beantragt aber die folgende Anpassung zum Absatz 1:

«Die Anbieterinnen des öffentlichen Telefondienstes müssen bei der Sprachübermittlung über Internet über ihre eigenen Telefonanschlüsse die Leitweglenkung und die Standortidentifikation gewährleisten, sofern es die Technik zulässt. Wo dies weiterhin technisch nicht möglich ist, müssen diese nur bei Anrufen von dem im Abonnementsvertrag bezeichneten Hauptstandort aus gewährleistet sein.»

Diese Anpassung ist aus Sicht der Notsuchenden zwingend, damit im Rahmen der Internettelefonie alle Informationen, analog zur Mobilfunktechnologie, übermittelt werden können, was technisch bereits heute möglich ist.

3. Weiteres

Der Regierungsrat weist darauf hin, dass nach der Umsetzung der Vorgaben durch die Anbieterinnen des öffentlichen Telefondienstes gemäss Regulation die Notdienste von Polizei, Feuerwehr und Sanität ebenfalls technische und operative Anpassungen umsetzen müssen. Diese werden auch auf Seiten der Notdienste eine angemessene Zeit in Anspruch nehmen.

Weiter empfehlen wir, allfällige Verweise auf technische Standards in den technischen und administrativen Vorschriften (TAV) abzubilden.

Um den barrierefreien Zugang sicherzustellen, sind bei der Einführung begleitende Massnahmen notwendig. Dazu gehören Information, Einführung und Unterstützung für Betroffene, die mit der RTT-Technologie noch nicht vertraut sind. Auf diese Weise kann gewährleistet werden, dass alle Nutzerinnen und Nutzer den Dienst zielgerichtet einsetzen können.

Der Regierungsrat befürwortet, dass zukünftige technologische Entwicklungen, wie zum Beispiel Video-Notrufe (im Sinne einer «Total Conversation»), in einer Überarbeitung des Fernmeldegesetzes (FMG) frühzeitig geprüft und berücksichtigt werden. Ausserdem vertritt der Regierungsrat die Ansicht, dass das gesetzliche und regulatorische Umfeld die künftige Nutzung von fortgeschrittenen elektronischen Diensten zur Unterstützung der Notrufentgegennahme und -bearbeitung fördern bzw. jedenfalls nicht beeinträchtigen sollte. Die Nutzung dieser elektronischen Dienste kann namentlich bei Gross- und Massenereignissen (z.B. zur Triage der Dringlichkeit), bei fremdsprachigen Anrufen (z.B. zur Verständigung zwischen Einsatzzentrale und anrufender Person) oder zur Notrufabsetzung über nicht-klassische Telefonie (z.B. via Messaging, Smartphone Apps) von besonderer Bedeutung sein.

Sodann regt der Regierungsrat an, dass das BAKOM die Instanzen der BORS (Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit) in geeigneter Weise in die Weiterentwicklung einbezieht. Dazu gehört auch die frühzeitige Prüfung und Überarbeitung des Fernmeldegesetzes mit Blick auf künftige technologische Entwicklungen, wie zum Beispiel Video-Notrufe. Auch die künftige Nutzung von fortgeschrittenen elektronischen Diensten zur Unterstützung der Notrufentgegennahme und -bearbeitung kann künftig von besonderer Bedeutung sein.

Im Begleitschreiben zur Eröffnung der Vernehmlassung bitten Sie um Angabe von Kontaktpersonen für inhaltliche Rückfragen. Wir lassen Ihnen die Koordinaten dieser Kontaktpersonen auf Verwaltungsebene zukommen.

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Anliegen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates



Christophe Neuhaus
Regierungspräsident



Christoph Auer
Staatsschreiber

Verteiler

- Direktion für Inneres und Justiz
- Sicherheitsdirektion
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion
- Datenschutzaufsichtsstelle des Kantons Bern
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches Departement für Umwelt,
Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK),
Bern

tp-secretariat@bakom.admin.ch

Liestal, 9. September 2025

Vernehmlassung betreffend Teilrevision der Verordnung über Fernmeldedienste (FDV)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Besten Dank für die Gelegenheit zur Meinungsäusserung. Wir begrüssen den Vernehmlassungsentwurf und sehen darin eine Stärkung des schweizerischen Notrufwesens.

Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen:

Art. 30 Verordnung über Fernmeldedienste (FDV)

Wir befürworten diesen Artikel grundsätzlich, beantragen aber die folgende Anpassung zum Absatz 1:

«Die Anbieterinnen des öffentlichen Telefondienstes müssen bei der Sprachübermittlung über Internet **über ihre eigenen Telefonanschlüsse** die Leitweglenkung und die Standortidentifikation gewährleisten, **sofern es die Technik zulässt**.

Wo dies weiterhin technisch nicht möglich ist, müssen diese nur bei Anrufen von dem im Abonnementsvertrag bezeichneten Hauptstandort aus gewährleistet sein.»

Diese Anpassung ist im Sinne des Notsuchenden zwingend, damit im Rahmen der (Festnetz-) Internettelefonie alle Informationen, analog zur Mobilfunktechnologie, übermittelt werden können, da dies technisch bereits heute möglich ist.

Hochachtungsvoll

Anton Lauber
Regierungspräsident

Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.bs.ch/regierungsrat

Mail an tp-secretariat@bakom.admin.ch

Eidgenössisches Departement für Umwelt,
Verkehr, Energie und Kommunikation

Basel, 16. September 2025

Regierungsratsbeschluss vom 16. September 2025

Verordnung über Fernmeldedienste; Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. Juni 2025 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Verordnung über Fernmeldedienste zukommen lassen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt begrüsst den vorliegenden Entwurf zur Verordnung über Fernmeldedienste (FDV) ausdrücklich. Mit der Vernehmlassung werden einerseits die Bedürfnisse der Notsuchenden und andererseits der entgegennehmenden Notrufdienste berücksichtigt und zukunftsfähig gestaltet. Der Regierungsrat erachtet die geplanten Anpassungen als bedeutsam zur Stärkung, Modernisierung und Inklusion im Notrufwesen der Schweiz.

Die Anpassungen sind zudem ein wichtiger Schritt zur Verwirklichung einer barrierefreien Kommunikation im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention. Betreffend Opferhilfe leistet die geplante Anpassung einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung der Istanbul-Konvention, der Road Map Häusliche Gewalt von Bund und Kantonen und somit zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt.

Trotz der grundsätzlichen Zustimmung zur Vorlage haben wir zwei Änderungsanträge:

Art. 28a FDV

Abs. 5 ist wie folgt zu ergänzen:

«Die Mobilfunkkonzessionärinnen müssen im Rahmen des öffentlichen Telefondienstes den Zugang zu den Notdiensten auch mittels Echtzeittext (Real Time Text, RTT) gewährleisten.»

Begründung

Dies bedeutet einen essenziellen Fortschritt in Richtung Barrierefreiheit und somit für die Gleichstellung von Menschen mit einer Hörbehinderung. Der direkte Zugang zu den Notdiensten ist damit auch für diese Personen gewährleistet.

Art. 30 FDV

Abs. 1 ist wie folgt zu ändern:

Die Anbieterinnen des öffentlichen Telefondiensts müssen bei der Sprachübermittlung über Internet über ihre eigenen Telefonanschlüsse die Leitweglenkung und die Standortidentifikation gewährleisten, sofern dies mit verhältnismässigem Aufwand technisch möglich ist es die Technik zulässt. Wo dies weiterhin technisch nicht möglich ist, müssen diese nur bei Anrufen von dem im Abonnementsvertrag bezeichneten Hauptstandort aus gewährleistet sein.

Begründung:

Diese Anpassung ist im Sinne des Notsuchenden zwingend, damit im Rahmen der (Festnetz-) Internettelefonie alle Informationen, analog zur Mobilfunktechnologie, übermittelt werden können, da dies technisch bereits heute möglich ist.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für Rückfragen steht Ihnen gerne das Amt für Wirtschaft und Arbeit, Samuel Hess, samuel.hess@bs.ch, Tel. 061 267 85 38, zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat
Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

T +41 26 305 10 40
www.fr.ch/ce

PAR COURRIEL

Département fédéral de l'environnement, des transports,
de l'énergie et de la communication DETEC
Palais fédéral Nord
3003 Berne

Courriel : tp-secretariat@bakom.admin.ch

Fribourg, le 30 septembre 2025

2025-1029

Modification de l'ordonnance sur les services de télécommunication – Procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Par courrier du 20 juin dernier, vous nous avez consultés sur l'objet cité en titre, et nous vous en remercions.

De manière générale, nous approuvons ce projet de modification de l'OST, qui prend en compte l'évolution technologique et propose des solutions d'avenir, tient compte des besoins des personnes en détresse et améliore la résilience du système, notamment contre les surcharges et les configurations erronées.

Nous relevons toutefois que la mise en œuvre par les fournisseurs du service téléphonique public entraînera pour les services d'urgence des adaptations techniques et opérationnelles qui demanderont du temps. Il conviendra dès lors que la communication concernant la disponibilité de ces nouveaux services à la population devra être concernée et coordonnée avec toutes les organisations concernées, notamment les services d'urgence des cantons.

Au-delà de cette modification proprement dite, nous recommandons enfin de prendre en compte suffisamment tôt les développements technologiques futurs, tels que les appels d'urgence vidéo, dans une révision de la loi sur les télécommunications.

Nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Jean-François Steiert, Président

Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

L'original de ce document est établi en version électronique

Copie

—

à la Direction de la sécurité, de la justice et du sport, pour elle, la Police cantonale et le Service de la sécurité civile et militaire ;
à la Direction de la santé et des affaires sociales ;
à la Chancellerie d'Etat.



REPUBLIQUE
ET CANTON
DE GENEVE

PROJET DE LETTRE

Projet présenté par le DIN

Contact suivi du dossier : Mme Monica Bonfanti Tél. 022 427 50 00

Contact secrétariat : Mme Isabelle Favre Tél. 022 546 54 07

Version : 1 - 38 ge

Diffusion :

DF DEE DIN 1 ex.

DIP DT DCS 1 ex.

DSM CHA 1 ex.

Autres

Députés GC OUI / NON Presse OUI / NON Députés Ch. féd. OUI / NON

visa du Conseil d'Etat

Département fédéral de l'environnement
des transports, de l'énergie et de la
communication (DETEC)
Monsieur Albert Rösti
Conseiller fédéral
Palais fédéral Nord
3003 Berne

Concerne : modification de l'ordonnance sur les services de télécommunication

Monsieur le Conseiller fédéral,

Notre Conseil a bien reçu votre lettre du 20 juin dernier, par laquelle vous l'invitez à se prononcer dans le cadre de la procédure de consultation citée en titre et il vous en remercie.

Après un examen attentif de l'ensemble des documents transmis, nous sommes favorables aux modifications proposées, lesquelles représentent un pas important vers le renforcement, la modernisation et l'inclusion dans le système d'appel d'urgence en Suisse, qui conduira à une nette augmentation de la sécurité du système d'appel d'urgence en Suisse.

A cet égard, nous saluons tout particulièrement l'introduction du texte en temps réel (RTT), permettant un accès sans obstacle, la séparation entre les services d'urgence, d'assistance et de conseil, l'alignement sur le modèle de référence suisse des appels d'urgence, ainsi que l'introduction d'un numéro court (142) pour l'aide aux victimes afin de mettre en œuvre la Convention d'Istanbul. Sur ce dernier point, notre Conseil souhaite obtenir la garantie que le 142 pourra bien disposer, sur demande, des fonctionnalités de localisation et d'affichage forcé, les conditions d'octroi n'étant pas détaillée dans le rapport explicatif.

Cette modification prend en compte, d'une part, les besoins des personnes en détresse et, d'autre part, ceux des services d'urgence qui les prennent en charge, assurant ainsi la pérennité du dispositif. Le modèle de référence, élaboré conjointement par l'organisation des appels d'urgence, l'Office fédéral de la communication (ci-après : OFCOM) et les opérateurs de téléphonie mobile, constitue le socle de ce travail. Les mesures proposées améliorent la résilience du service d'appel d'urgence, prennent en compte l'évolution technologique et proposent des solutions d'avenir.

Par ailleurs, il est garanti que les services d'urgence de la police, des pompiers et des services de secours resteront accessibles, y compris aux personnes présentant un handicap

auditif. Cette fonctionnalité s'étend également à toute personne ne pouvant pas parler, que ce soit à cause d'une blessure ou d'une situation dangereuse.

Les pannes d'appels d'urgence survenues entre 2020 et 2022 ont mobilisé l'ensemble des parties prenantes (services de police, pompiers, secours, OFCOM, fournisseurs d'infrastructures et opérateurs télécom). Elles ont permis de bâtir une base réglementaire solide pour ce projet. L'organisation des appels d'urgence a joué un rôle clé pour garantir la qualité du texte actuel et son adéquation aux besoins de toutes les personnes concernées.

Nous vous remercions d'ores et déjà de l'attention que vous voudrez bien prêter aux observations de notre Conseil ainsi qu'au document annexé, et vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre parfaite considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :

Le président :

Michèle Righetti-El Zayadi

Thierry Apothéloz

Annexe : analyse détaillée

Copie à (format Word et pdf) : tp-secretariat@bajin.admin.ch

Procédure de consultation relative à la modification de l'ordonnance sur les services de télécommunication

Prise de position du Conseil d'Etat de la République et canton de Genève

Ordonnance sur les services de télécommunication (OST)

Art. 27 OST

Nous approuvons cet article et soulignons particulièrement la séparation explicite entre les services d'urgence et les autres services. Cela permet de renforcer les services d'urgence indépendamment des services d'assistance et de conseil, tout en tenant compte de l'évolution rapide du secteur.

Art. 28 OST

Nous approuvons pleinement l'adaptation proposée et y adhérons.

Art. 28a - Alinéas 1 à 4 OST

Nous approuvons cet article et apprécions expressément les alinéas 3 et 4, qui visent à prévenir les perturbations techniques ou malveillantes du service d'appel d'urgence et à assurer une coordination transversale entre les fournisseurs du service téléphonique public.

Art. 28a - Alinéa 5 OST

Nous saluons le paragraphe 5 qui garantit l'accès aux services d'urgence via le texte en temps réel (Real Time Text - RTT). Nous proposons toutefois la modification suivante :

"Les concessionnaires de téléphonie mobile doivent également garantir l'accès aux services d'urgence au moyen du texte en temps réel (Real Time Text - RTT) dans le cadre du service téléphonique public".

Cette évolution constitue un pas décisif vers l'accessibilité et l'égalité des personnes présentant un handicap auditif, en leur assurant un accès direct aux services d'urgence.

Art. 29 OST

Nous approuvons l'adaptation et la soutenons. L'introduction du titre de section « Localisation » améliore la lisibilité des articles suivants. De plus, l'identification de la localisation constitue une base essentielle pour le traitement efficace des appels d'urgence et l'engagement rapide des secours.

Art. 29a OST

Nous soutenons l'adaptation proposée. Avec la suppression progressive des réseaux 2G et 3G, il devient indispensable de prendre en compte l'amélioration du standard actuel NGe-Call112, qui entrera en vigueur en janvier 2027 pour les exigences d'homologation européennes applicables aux voitures particulières et aux véhicules utilitaires.

Art. 29b OST

Nous approuvons l'ajustement et le soutenons. Ces modifications renforcent la clarté, assurent une application homogène du service de localisation et instaurent une tarification équilibrée.

Art. 30 OST

Nous approuvons le principe général de cet article, mais suggérons la modification suivante pour l'alinéa 1^{er} :

"Les fournisseurs du service téléphonique public doivent garantir l'acheminement et l'identification de la localisation lors de la transmission vocale par Internet sur leurs propres raccordements téléphoniques, pour autant que la technique le permette.

Lorsque cela reste techniquement impossible, ils ne doivent être garantis que pour les appels effectués depuis le site principal désigné dans le contrat d'abonnement".

Cette adaptation est cruciale pour les personnes en détresse, afin que toutes les données pertinentes soient transmises via la téléphonie fixe sur Internet, de la même manière que c'est déjà possible avec la téléphonie mobile.

Art. 36 OST

Nous soutenons l'adaptation proposée.

Art. 81 OST

Nous soutenons l'adaptation proposée.

Art. 92 OST

Nous soutenons l'adaptation proposée.

Ordonnance sur les installations de télécommunication (OIT)

Art. 7 OIT

Nous approuvons cet article et soulignons particulièrement les exigences techniques relatives aux smartphones prévues à l'alinéa 2 ter. Celles-ci assurent que les services d'urgence (police, pompiers, secours médicaux) restent accessibles, notamment pour les personnes atteintes d'un handicap auditif.

Ordonnance sur les ressources d'adressage dans le domaine des télécommunications (ORAT)

Art. 28 ORAT

Nous approuvons cet article et mettons en avant la claire dissociation entre les services d'urgence et les autres services. Cette séparation permet de renforcer les services d'urgence de façon autonome, sans dépendre des services d'assistance et de conseil, tout en tenant compte de la rapidité d'évolution du secteur.

Art. 28a ORAT

Nous soutenons cet article et apprécions également la séparation explicite entre les services d'urgence et les services annexes. Cette distinction favorise le renforcement indépendant des services d'urgence, tout en intégrant les évolutions rapides du domaine.

Cela étant, le 142 n'étant pas référencé comme un service d'urgence, il ne peut bénéficier de l'affichage forcé et de la localisation que sur demande. Or, les conditions d'octroi ne sont pas détaillées dans le rapport explicatif. Nous souhaitons nous assurer qu'il satisfait aux conditions et pourra bénéficier de ces fonctionnalités.

Réponses complémentaires

1. Nous attirons l'attention sur le fait qu'une fois les fournisseurs du service téléphonique public conformes aux exigences réglementaires, les services d'urgence (police, pompiers, secours médicaux) devront également procéder à des adaptations techniques et opérationnelles. Ces ajustements nécessiteront du temps pour être mis en œuvre par ces services. La diffusion d'informations sur la disponibilité de ces derniers auprès du public doit être orchestrée et coordonnée avec toutes les parties prenantes par l'autorité de régulation.
2. Nous préconisons d'intégrer dès maintenant les futures évolutions technologiques, telles que les appels d'urgence vidéo (ou « conversation totale »), dans une prochaine révision de la loi sur les télécommunications (LTC).
3. Le RTT (Real Time Text) constitue une première avancée pour les appels d'urgence destinés aux personnes sourdes ou malentendantes, mais il ne satisfait pas tous leurs besoins. Certaines d'entre elles éprouvent des difficultés avec le français écrit, qui leur apparaît comme une langue étrangère. La France propose déjà un dispositif complet et national via le numéro court 114.

Conclusion

Le projet renforce durablement le système d'appel d'urgence suisse. Nous l'approuvons tant sur le plan technique que pratique et remercions les autorités pour la prise en compte étendue des différents acteurs concernés.

Regierungsrat
Rathaus
8750 Glarus

Eidgenössisches Departement für
Umwelt, Verkehr, Energie und
Kommunikation
3003 Bern

Glarus, 30. September 2025
Unsere Ref: 2025-145 / SKGEKO.4959

Vernehmlassung i. S. Änderung der Verordnung über Fernmeldedienste

Hochgeachteter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Der Kanton Glarus begrüsst die vorliegende Revision der Verordnung über Fernmeldedienste. Die geplanten Änderungen stärken das Schweizer Notrufwesen und führen zu einer grösseren Systemsicherheit (Resilienz) des Notrufwesens in der Schweiz. Dabei werden zugleich die Bedürfnisse der Notsuchenden mitberücksichtigt, insbesondere auch von Menschen mit einer Hörbehinderung oder solchen, die infolge einer Verletzung oder einer Gefahrensituation nicht sprechen können.

Bezüglich Einführung einer Kurznummer für die Opferhilfe zur Umsetzung der Istanbul-Konvention verweisen wir auf die Roadmap Häusliche Gewalt von Bund und Kantonen vom 30. April 2021, in welchem sich die Kantone als Massnahme zu Handlungsfeld 5 verpflichten, Lösungsmöglichkeiten für die Einrichtung einer zentralen Telefonnummer für die Opfer von Straftaten zu prüfen. Die Zuständigkeit für die Umsetzung dieser Massnahme liegt bei der Schweizerischen Konferenz der Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK). Im Mai 2026 wird mit der dreistelligen Kurznummer dieser Forderung entsprochen, wobei die Kantone selber verantwortlich sind, die 24/7 Abdeckung zu gewährleisten und zu finanzieren. Der Kanton Glarus hat das Frauenhaus St. Gallen angefragt, die Abdeckung ausserhalb der Bürozeiten und an den Wochenenden zu übernehmen. Die Kosten bewegen sich unter 10'000 Fr. pro Jahr. Ob diese Nummer dann auch tatsächlich genutzt werden wird (die Kantonspolizei steht auch 24/7 zur Verfügung), wird sich zeigen.

Im Weiteren erlauben wir uns den Hinweis, dass mit der Einführung des Echtzeittextes (RTT) für einen barrierefreien Zugang für die Kantone zusätzliche Kosten entstehen werden. Dies gilt es aus unserer Sicht zu beachten, transparent zu kommunizieren und zu verhandeln.

Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat

Kaspar Becker
Landammann

Arpad Baranyi
Ratsschreiber

E-Mail an (PDF- und Word-Version): tp-secretariat@bakom.admin.ch



Sitzung vom

16. September 2025

Mitgeteilt den

18. September 2025

Protokoll Nr.

662/2025

Eidgenössisches Departement für Umwelt,
Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK
Bundeshaus Nord
3003 Bern

Per E-Mail (PDF und Word-Version) zustellen an:
tp-secretariat@bakom.admin.ch

Vernehmlassung UVEK - Änderung der Verordnung über Fernmeldedienste (FDV)

Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. Juni 2025 erhalten die Kantone Gelegenheit, sich zu erwähn-
tem Geschäft zu äussern. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Die Regierung begrüsst die im Entwurf vorgesehene Ergänzung der bestehenden Kurznummern für Hilfs- und Beratungsdienste mit einer dreistelligen Kurznummer für die Opferhilfe (Art. 28a Abs. 1 Bst. c. Verordnung über die Adressierungselemente im Fernmeldebereich (AEFV; BR 784 104)). Die Einführung der Kurznummer ist ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des Opferschutzes in der Schweiz. Diese Massnahme trägt wesentlich zur Verbesserung der niederschweligen Erreichbarkeit von Unterstützungsangeboten für Gewaltbetroffene bei. Sie bildet ein zentrales Handlungsfeld der gemeinsamen Roadmap von Bund und Kantonen zur Bekämpfung häuslicher Gewalt und erfüllt die in Artikel 24 des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-

Konvention; SR 0.311.35) festgelegten Anforderungen hinsichtlich Schutz und Unterstützung von betroffenen Personen.

Die Regierung ist mit der Änderung der Verordnung über Fernmeldedienste (FDV) einverstanden und verzichtet auf eine Stellungnahme.

Freundliche Grüsse



Namens der Regierung

Der Präsident:

Der Kanzleidirektor:

Marcus Caduff

Daniel Spadin

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Département fédéral de l'environnement,
des transports, de l'énergie et de la communication DETEC
Monsieur le Conseiller fédéral
Albert Rösti
Palais fédéral Nord
3003 Berne

Par email : tp-secretariat@bakom.admin.ch

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Delémont, le 16 septembre 2025

Modification de l'ordonnance sur les services de télécommunication : ouverture de la procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Gouvernement de la République et Canton du Jura accuse réception de votre courrier relatif à la procédure de consultation mentionnée ci-dessus et il vous remercie de l'avoir consulté.

Il est conscient et ne conteste pas la nécessité de rendre accessibles aux personnes malentendantes les services d'urgence qui sont mis à la disposition de la population. Toutefois, cumulée aux projets CMS/MSK (remplacement de Polycom), POLAP (échange de données entre polices) et de remplacement en urgence de VULPUS (communication sécurisée entre polices), l'introduction de la fonction "texte en temps réel (RTT)" engendrera d'importants coûts pour le Canton du Jura.

Le Gouvernement jurassien propose dès lors un étalement de ces dépenses par un délai prolongé de mise en fonction, à savoir 36 mois pour adapter l'infrastructure et 60 mois pour assurer la disponibilité complète de la fonction RTT. Dans le cas contraire, la mise en fonction de la fonction RTT ne pourra pas être garantie dans le Canton du Jura.

Concernant l'introduction d'un numéro court pour les appels d'urgence provenant de véhicules, le Gouvernement jurassien accueille favorablement cette disposition qui contribue au renforcement des mesures de protection des victimes.

Tout en vous remerciant de tenir compte de ce qui précède, le Gouvernement de la République et Canton du Jura vous prie de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'expression de sa haute considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA

Martial Courtet
Président

Jean-Baptiste Maître
Chancelier d'État

Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 51 55
buwd@lu.ch
www.lu.ch

Vollmachtschreiben an Bundesrat

Per E-Mail:

tp-secretariat@bakom.admin.ch

Luzern, 23. September 2025

Protokoll-Nr.: 1045

Änderung der Verordnung über Fernmeldedienste (FDV): Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. Juni 2025 haben Sie unter anderem die Kantone eingeladen, zum Entwurf der Teilrevision der Verordnung über die Fernmeldedienste (FDV) Stellung zu nehmen.

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teile ich Ihnen mit, dass wir der Vorlage zustimmen und keine Einwände oder Bemerkungen anzubringen haben.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse



Fabian Peter
Regierungsrat

Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication DETEC
Palais fédéral Nord
3003 Berne

Modification de l'ordonnance sur les services de télécommunication : ouverture de la procédure de consultation

Monsieur le conseiller fédéral,

Votre correspondance du 20 juin 2025 relative à la procédure de consultation susmentionnée nous est bien parvenue et a retenu notre meilleure attention.

Dans l'ensemble, nous soutenons les modifications proposées qui représentent un pas important vers le renforcement, la modernisation et l'inclusion dans le système d'appel d'urgence en Suisse, ce qui conduira à une nette augmentation de la sécurité du système d'appel d'urgence en Suisse.

Nous formulons toutefois les recommandations suivantes :

- prévoir un délai suffisant avant l'entrée en vigueur des modifications, afin de permettre aux services cantonaux concernés de mettre en œuvre les ajustements techniques et opérationnels requis ;
- intégrer, dans le cadre d'une révision de la loi sur les télécommunications (LTC), une anticipation des évolutions technologiques à venir, notamment les appels d'urgence en mode vidéo (dans l'esprit d'une « conversation totale ») ;
- publier les éventuelles références aux normes techniques dans les Prescriptions techniques et administratives (PTA), afin de permettre aux fournisseurs – tant de téléphonie mobile que de solutions d'aide à l'engagement – de planifier de manière adéquate les adaptations nécessaires de leurs infrastructures.

En outre, l'article 28a al. 5 OST mériterait la précision suivante (en gras) :

« Les concessionnaires de téléphonies mobiles doivent également garantir l'accès aux services d'urgence au moyen du texte en temps réel (Real Time Text, RTT) dans le cadre du service téléphonique public ».

L'article 28 a litt. c de l'ordonnance pose problème, dans la mesure où il ne tient pas suffisamment compte des spécificités liées à l'aide aux victimes (projet de numéro unique national, 142) et aux objectifs déclarés d'améliorer l'intervention des pouvoirs publics dans ce domaine.

En effet, les nouvelles dispositions prévoient de classer l'aide aux victimes dans les services d'aide et de conseil, par opposition aux services d'urgence. Or les centres LAVI et le futur numéro 142, en charge de l'aide aux victimes, ont expressément pour mission de mener des interventions d'urgence, s'agissant par exemple de la mise en protection de la personne victime et/ou de ses proches ; on peut citer l'hébergement d'urgence, la coordination avec le réseau d'urgence (par exemple si une personne mineure est concernée), les démarches juridiques d'urgence (par exemple liées à la prolongation de l'éloignement de l'auteur), le dépannage financier temporaire urgent, etc. On notera par ailleurs que les compétences et prestations spécifiques des centres LAVI ne ressemblent en rien à celles des autres services de conseils cités dans l'ordonnance. De plus, les appels qui parviennent dans les centres LAVI, et à futur également au 142, exigent une durée de traitement courte au vu du nombre d'appels entrants.

Enfin, ne pas classer l'aide aux victimes dans la catégorie « service d'urgence » pourrait priver des organismes comme les centres LAVI de l'accès à la localisation des appelants et à l'affichage de leur numéro, outils précieux dans leur pratique professionnelle. Ce serait d'autant plus problématique pour un numéro national unique (ligne 142), appelé à rediriger les appels dans les bonnes régions. À ce propos, six cantons romands, dont Neuchâtel, ont prévu de mettre sur pied une centralisation du numéro d'urgence 142, pour la plage horaire de 18 heures à 8 heures du matin et les week-ends + jours fériés. Un outil de localisation est indispensable, et doit être permis expressément pour l'aide aux victimes par l'ordonnance.

Finalement, concernant l'article 30 OST, nous souhaitons adapter l'alinéa premier de la manière suivante (en gras) :

*« Les fournisseurs du service téléphonique public doivent garantir l'acheminement et l'identification de la localisation lors de la transmission vocale par Internet, dans la mesure où la technique le permet et les coûts restent raisonnables. **Si cela n'est pas techniquement réalisable, les informations doivent être garanties pour les appels provenant de l'emplacement principal indiqué dans le contrat** ».*

Cette adaptation est impérative dans l'intérêt de la personne en détresse, afin que toutes les informations puissent être transmises dans le cadre de la téléphonie par Internet (fixe), de manière analogue à la technologie de la téléphonie mobile, puisque cela est déjà techniquement possible aujourd'hui.

Le canton anticipe toutefois que la mise en œuvre du texte en temps réel et la modernisation des centrales d'alarme entraîneront des investissements pour les opérateurs télécoms et les cantons, notamment en matière d'équipements et de formation. Ces coûts sont jugés acceptables par les opérateurs de télécommunication, au regard des bénéfices attendus en matière de sécurité et d'accessibilité.

En vous remerciant de nous avoir associés à la procédure de consultation et de l'attention que vous porterez à notre prise de position, nous vous prions de croire, Monsieur le conseiller fédéral, à l'assurance de notre haute considération.

Neuchâtel, le 10 septembre 2025

Au nom du Conseil d'État :

La présidente,
C. GRAF

La chancelière,
S. DESPLAND



KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidgenössisches Departement für Umwelt,
Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK
Herr Bundesrat Albert Rösti
Bundeshaus Nord
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 23. September 2025

**Änderung der Verordnung über Fernmeldedienste
Stellungnahme des Kantons Nidwalden**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 20. Juni 2025 haben Sie uns eingeladen, zur Änderung der Verordnung über Fernmeldedienste und zum erläuternden Bericht dazu Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit.

Die in der von der Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr erarbeiteten Musterstellungnahme vom 26. August 2025 enthaltenen Ausführungen entsprechen vollumfänglich der Haltung des Nidwaldner Regierungsrates. Entsprechend schliessen wir uns dieser Musterstellungnahme (siehe Beilage) an.

Besten Dank für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES

Dr. Othmar Filliger
Landammann

lic. iur. Armin Eberli
Landschreiber

Beilage:

- Musterstellungnahme der Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr vom 26. August 2025

Geht an:

- tp-secretariat@bakom.admin.ch



MUSTERSTELLUNGNAHME

Herr Bundesrat
Albert Rösti, Vorsteher UVEK
Bundeshaus Nord, 3003 Bern
tp-secretariat@bakom.admin.ch

26. August 2025

Änderung der der Verordnung über Fernmeldedienste

Stellungnahme zum Entwurf vom 20. Juni 2025

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 20. Juni 2025 laden Sie uns ein, zur titelerwähnten Vorlage Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit. Wir nehmen wie folgt Stellung:

Die Vorlage stärkt das Schweizer Notrufwesen nachhaltig. Wir befürworten sie aus fachlicher und praktischer Perspektive und danken für die breite Einbindung der betroffenen Akteure. Wir begrüssen insbesondere:

- die Orientierung am Referenzmodell Notrufe Schweiz,
- die Praxistauglichkeit und Einbindung aller Akteure,
- die Einführung des Echtzeittextes (RTT) für einen barrierefreien Zugang,
- die Trennung von Not-, Hilfs- und Beratungsdiensten und
- die Einführung einer Kurznummer für die Opferhilfe zur Umsetzung der Istanbul-Konvention.

Mit der Vernehmlassung werden die Bedürfnisse der Notsuchenden und der entgegennehmenden Notrufdienste berücksichtigt und zukunftsfähig gestaltet. Dabei bildet das von der Organisation Notrufe in Zusammenarbeit mit dem BAKOM und den Mobilfunkanbietern erarbeitete Referenzmodell Notrufe die Grundlage. Mit den in der aktuell vorliegenden Vernehmlassung geplanten Massnahmen kann die Resilienz des Notrufwesens wesentlich verbessert werden. Zudem wird sichergestellt, dass die Notdienste von Feuerwehr, Polizei und Sanität insbesondere für Menschen mit einer Hörbehinderung zugänglich werden. Die Funktion ist zudem auch für alle anderen Personen nutzbar, die situationsbedingt nicht sprechen können, etwa aufgrund einer Verletzung oder einer Gefahrensituation.

Die Notrufausfälle in den Jahren 2020 bis 2022 haben zu grossen Anstrengungen von allen Betroffenen (Notdienste von Feuerwehr, Polizei und Sanität, BAKOM, Konzessionärin der Grundversorgung und den Fernmeldediensteanbietern) geführt, die in dieser Vorlage nun eine



wichtige regulatorische Grundlage bilden. Die Organisation Notrufe hat dabei einen wesentlichen Beitrag geleistet, dass der vorliegende Entwurf eine gute Qualität hat und die Bedürfnisse aller Betroffenen berücksichtigt.

Aus diesen Gründen befürworten wir den vorliegenden Entwurf zur Verordnung über Fernmeldedienste (FDV) ausdrücklich, da er die technologische Entwicklung aufgreift und zukunftsfähige Lösungen bietet, die Resilienz des Systems verbessert (z.B. gegen Überlast und Fehlkonfigurationen) und sowohl die Bedürfnisse der Notsuchenden als auch der Notrufdienste berücksichtigt.

Gerne weisen wir darauf hin, dass nach der Umsetzung der Vorgaben durch die Anbieterinnen des öffentlichen Telefondienstes gemäss Regulation die Notdienste von Feuerwehr, Polizei und Sanität ebenfalls technische und operative Anpassungen umgesetzt werden müssen. Diese werden auch auf Seiten der Notdienste eine angemessene Zeit in Anspruch nehmen. Die Kommunikation bezüglich der Verfügbarkeit dieser Dienste muss gegenüber der Bevölkerung mit allen betroffenen Organisationen seitens Regulationsbehörde abgesprochen und koordiniert werden.

Wir empfehlen, zukünftige technologische Entwicklungen wie zum Beispiel Video-Notrufe in einer Überarbeitung des Fernmeldegesetzes (FMG) frühzeitig zu berücksichtigen. Zudem empfehlen wir allfällige Verweise auf technische Standards in den Technischen und Administrativen Vorschriften (TAV) abzubilden. Im Hinblick auf einzelne Artikel schliessen wir uns der Stellungnahme der Feuerwehr Koordination Schweiz (FKS) an (siehe Anhang).

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen bedanken wir uns.

Mit freundlichen Grüssen



Anhang: Artikelbezogene Stellungnahme

Nachfolgend erhalten Sie Rückmeldungen und Anträge zu Anpassungen am vorliegenden Entwurf der zur Vernehmlassung unterbreiteten Verordnungen:

Art. 27 FDV

Wir befürworten diesen Artikel und begrüssen ausdrücklich die explizite Trennung von Notdiensten und übrigen Services. Dadurch kann das Notrufwesen unabhängig von Hilfs- und Beratungsdiensten gestärkt werden. Zudem wird der schnellen Entwicklung in diesem Bereich Rechnung getragen.

Art. 28 FDV

Wir sind mit der Anpassung einverstanden und unterstützen diese.

Art. 28a - Absatz 1 bis 4 FDV

Wir befürworten diesen Artikel und begrüssen ausdrücklich den Absatz 3, welcher dazu dient, technische oder böswillige Störungen des Notrufdienstes zu verhindern, und eine übergreifende Koordination der Anbieterinnen des öffentlichen Telefondienstes ermöglicht.

Art. 28a - Absatz 5 FDV

Wir begrüssen ausdrücklich den Absatz 5, der den Zugang zu den Notdiensten via Echtzeittext (RTT) sicherstellt, beantragen aber die folgende Anpassung:

«Die Mobilfunkkonzessionärinnen müssen im Rahmen des öffentlichen Telefondienstes den Zugang zu den Notdiensten auch mittels Echtzeittext (Real Time Text, RTT) gewährleisten.»

Dies bedeutet einen essenziellen Fortschritt in Richtung Barrierefreiheit und somit für die Gleichstellung von Menschen mit einer Hörbehinderung. Der direkte Zugang zu den Notdiensten ist damit auch für diese Personen gewährleistet.

Art. 29 FDV

Wir sind mit der Anpassung einverstanden und unterstützen diese. Die Standortidentifikation ist eine essenzielle Grundlage für die effiziente Notrufbearbeitung und die schnelle Zuführung von Rettungs- und Hilfeleistung.

Art. 29a FDV

Wir sind mit der Anpassung einverstanden und unterstützen diese.



Art. 29b FDV

Wir sind mit der Anpassung einverstanden und unterstützen diese.

Art. 30 FDV

Wir befürworten diesen Artikel grundsätzlich, beantragen aber die folgende Anpassung zum Absatz 1:

«Die Anbieterinnen des öffentlichen Telefondienstes müssen bei der Sprachübermittlung über Internet über ihre eigenen Telefonanschlüsse die Leitweglenkung und die Standortidentifikation gewährleisten, sofern es die Technik zulässt. Wo dies weiterhin technisch nicht möglich ist, müssen diese nur bei Anrufen von dem im Abonnementsvertrag bezeichneten Hauptstandort aus gewährleistet sein.»

Diese Anpassung ist im Sinne des Notsuchenden zwingend, damit im Rahmen der (Festnetz-) Internettelefonie alle Informationen, analog zur Mobilfunktechnologie, übermittelt werden können, da dies technisch bereits heute möglich ist.

Art. 81 FDV

Wir sind mit der Anpassung einverstanden und unterstützen diese.

Art. 92 FDV

Wir sind mit der Anpassung einverstanden und unterstützen diese.

Art. 7 FAV

Wir befürworten diesen Artikel und begrüßen ausdrücklich die im Absatz 2ter erwähnten technischen Vorgaben an Smartphones, die sicherstellen, dass die Notdienste von Polizei, Feuerwehr und Sanität insbesondere für Menschen mit einer Hörbehinderung zugänglich werden.

Art. 28 AEFV

Wir befürworten diesen Artikel und begrüßen ausdrücklich die explizite Trennung von Notdiensten und übrigen Services. Dadurch kann das Notrufwesen unabhängig von Hilfs- und Beratungsdiensten gestärkt werden. Zudem wird der schnellen Entwicklung in diesem Bereich Rechnung getragen.

Art. 28a AEFV



Wir befürworten diesen Artikel und begrüßen ausdrücklich die explizite Trennung von Notdiensten und übrigen Services. Dadurch kann das Notrufwesen unabhängig von Hilfs- und Beratungsdiensten gestärkt werden. Zudem wird der schnellen Entwicklung in diesem Bereich Rechnung getragen.



CH-6060 Sarnen, Enetriederstrasse 1, SSD

Eidgenössisches Departement für Umwelt,
Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK

Per Mail an: tp-secretariat@bakom.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.5495
Unser Zeichen: ks

Sarnen, 8. Oktober 2025

**Änderung der Verordnung über Fernmeldedienste;
Stellungnahme.**

Sehr geehrter Herr Bundesrat, *geschätzter Albert*

Für die Einladung zur Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über Fernmeldedienste danken wir Ihnen.

Die vorgeschlagenen Änderungen stellen einen bedeutenden Schritt zur Stärkung, Modernisierung und Inklusion im Notrufwesen dar. Ausdrücklich begrüßen wir dabei die Verpflichtung der Anbieter von Fernmeldediensten, die Übermittlung von Notrufen auch mittels Echtzeittext (RTT) sicherzustellen. Dies stellt einen wichtigen Schritt dar, um gehörlosen und hörbehinderten Personen einen gleichberechtigten Zugang zu Notdiensten zu gewährleisten. Ebenfalls begrüßen wir die im Entwurf vorgesehene Ergänzung der bestehenden Kurznummern für Hilfs- und Beratungsdienste mit einer dreistelligen Kurznummer für die Opferhilfe.

Die Beschränkung des Einsatzes von RTT auf die Notdienste (Blaulichtorganisationen) gemäss Art. 28a Abs. 5 FDV begrüßen wir ebenfalls. Eine Einführung von RTT im Bereich der Hilfs- und Beratungsdienste wäre zum jetzigen Zeitpunkt in technologischer, logistischer und personeller Hinsicht für die kantonalen Opferhilfestellen kaum flächendeckend umsetzbar.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.



Freundliche Grüsse

Christoph Amstad
Regierungsrat

Kopie an:

- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Gesundheitsamt
- Kantonspolizei
- Sozialamt
- Staatskanzlei



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Departement für Umwelt,
Verkehr, Energie und Kommunikation
Bundeshaus Nord
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 89 42
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 9. Oktober 2025

Änderung der Verordnung über Fernmeldedienste; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 20. Juni 2025 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur Änderung der eidgenössischen Verordnung über Fernmeldedienste (SR 784.101.1; abgekürzt FDV) bis zum 14. Oktober 2025 ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung:

Der Kanton St.Gallen begrüsst die vorliegende Revision der Verordnung über Fernmeldedienste im Grundsatz.

Ein modernes und robustes Notrufsystem ist von essenzieller Bedeutung für die Sicherheit und das Wohlbefinden der Schweizer Bevölkerung. Das Notrufsystem hat zudem sämtlichen Personen kostenlos und niederschwellig zur Verfügung zu stehen. Wir unterstützen daher die Einführung des Echtzeittextes (RTT) und die Schaffung einer schweizweiten Kurznummer für die Opferhilfe. Diese Massnahmen tragen massgeblich zur Inklusion und zum Schutz gefährdeter Personen bei und stärken die Effizienz der Hilfsdienste.

Wir anerkennen die Notwendigkeit der beschriebenen technischen Anpassungen und der damit verbundenen Modernisierung der Infrastruktur vollumfänglich an. Die Umsetzung der Revision stellt jedoch für den Kanton St.Gallen eine technisch und finanziell sehr aufwändige Herausforderung dar. Die notwendigen Investitionen in neue Technologien und die Schulung des Personals sind erheblich und erfordern eine sorgfältige Planung und Umsetzung.

Insbesondere die Umsetzung von Art. 28a Abs. 5 FDV (Zugang zu den Notdiensten über Echtzeittext) stellt den Kanton vor grosse Herausforderungen. Die geplante Frist von 24 Monaten erachten wir angesichts des Umfangs der notwendigen Arbeiten als zu knapp bemessen. Um eine sorgfältige und umfassende Umsetzung zu gewährleisten und gleichzeitig die Funktionalität und Stabilität des Notrufsystems zu sichern, beantragen wir eine Verlängerung der Frist für die Umsetzung von Art. 28a Abs. 5 FDV auf 36 Monate.

Diese Verlängerung würde es uns ermöglichen, die notwendigen Anpassungen in der geforderten Qualität durchzuführen und gleichzeitig die finanziellen und personellen Ressourcen optimal einzusetzen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung

Beat Tinner
Präsident

Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär

Zustellung nur per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
tp-secretariat@bakom.admin.ch

**Kanton Schaffhausen
Finanzdepartement**

J. J. Wepfer-Strasse 6
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch

T +41 52 632 72 50
cornelia.stammhurter@sh.ch



Finanzdepartement

Eidgenössisches Departement für
Umwelt, Verkehr, Energie und
Kommunikation UVEK

per E-Mail:

tp-secretariat@bakom.admin.ch

Schaffhausen, 24. September 2025

**Vernehmlassung betreffend Änderung der Verordnung über Fernmeldedienste;
Stellungnahme**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

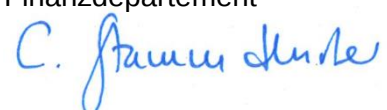
Mit Schreiben vom 20. Juni 2025 haben Sie uns eingeladen, in vorerwähnter Angelegenheit Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit.

Wir begrüssen die vorliegende Änderung im Grundsatz. Sie stärkt das Schweizer Notrufwesen nachhaltig, verbessert die Resilienz des Systems und berücksichtigt die Bedürfnisse sowohl der Notsuchenden als auch der Notrufdienste. Besonders positiv werten wir die Orientierung am Referenzmodell Notrufe Schweiz, die Praxis-tauglichkeit und breite Einbindung der Akteure, die Einführung von Echtzeittext (RTT) für barrierefreien Zugang, die klare Trennung von Not-, Hilfs- und Beratungsdiensten sowie die Einführung einer Kurznummer für die Opferhilfe. Damit werden zentrale Anliegen der UNO-Behindertenrechtskonvention und der Istanbul-Konvention umgesetzt.

Es gilt jedoch zu beachten, dass die Umsetzung auch auf Seiten der Notdienste von Feuerwehr, Polizei und Sanität technische und operative Anpassungen erfordert. Da Echtzeittext nur funktioniert, wenn die Endgeräte die entsprechenden Funktionen aufweisen, ist die Einführung mit Kosten verbunden, welche auf kantonale Stufe erst budgetiert werden müssen. Wie hoch die zusätzlichen Kosten sein werden, ist noch unbekannt, denn es gibt noch keine entsprechenden Programme. Zugleich müssten künftige Entwicklungen wie Video-Notrufe frühzeitig im Fernmeldegesetz (FMG) berücksichtigt werden. Schliesslich ist eine koordinierte Kommunikation gegenüber der Bevölkerung wichtig ist. Der für das Inkrafttreten späteste Zeitpunkt vom April 2028 erachtet wird daher als ambitioniert und bitten um eine sorgfältige Überprüfung.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Finanzdepartement

A handwritten signature in blue ink, reading "C. Stamm Hurter". The signature is written in a cursive style with a large initial "C".

Dr. Cornelia Stamm Hurter
Regierungsrätin

Regierungsrat

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

Eidgenössisches Departement für
Umwelt, Verkehr, Energie und
Kommunikation UVEK
Bundesamt für Kommunikation
BAKOM
Zukunftsstrasse 44 / Postfach 252
2501 Biel

per E-Mail an:
tp-secretariat@bakom.admin.ch

23. September 2025

Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über Fernmeldedienste

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns mit Schreiben vom 20. Juni 2025 eingeladen, zu Änderungen in den Verordnungen über Fernmeldedienste (FDV), Fernmeldeanlagen (FAV) und über Adressierungselemente im Fernmeldebereich (AEFV) Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

1. Vorbemerkungen

Wir begrüssen grundsätzlich die vorgesehene Änderung der Verordnung über die Fernmeldedienste sowie den damit verbundenen ersten Schritt in Richtung Digitalisierung und Modernisierung des Zugangs zu den Notdiensten. Die vorgeschlagenen Änderungen stellen aus unserer Sicht einen bedeutenden Schritt zur Stärkung, Modernisierung und Inklusion im Notrufwesen der Schweiz dar, welcher zu einer deutlichen Steigerung der Systemsicherheit des Notrufwesens in der Schweiz führt.

Positiv heben wir hervor: die Orientierung am Referenzmodell Notrufe Schweiz, die Praxistauglichkeit und Einbindung aller Akteurinnen und Akteure, die Einführung des Echtzeittextes (RTT) für einen barrierefreien Zugang, die Trennung von Not-, Hilfs- und Beratungsdiensten sowie die Einführung einer Kurznummer für die Opferhilfe zur Umsetzung der Istanbul-Konvention.

2. Allgemeine Bewertung

Mit der Vernehmlassung werden einerseits die Bedürfnisse der Notsuchenden und andererseits jene der entgegennehmenden Notrufdienste berücksichtigt und zukunftsfähig gestaltet. Dabei bildet das von der Organisation Notrufe in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Kommunikation BAKOM und den Mobilfunkanbietern erarbeitete Referenzmodell Notrufe die Grundlage. Mit den in der aktuell vorliegenden Vernehmlassung geplanten Massnahmen kann die Resilienz des Notrufwesens wesentlich verbessert werden.

Zudem wird sichergestellt, dass die Notdienste von Polizei, Feuerwehr und Sanität insbesondere für Menschen mit Hörbehinderung zugänglich werden. Die Funktion ist zudem auch für alle anderen Personen nutzbar, die situationsbedingt nicht sprechen können, etwa aufgrund einer Verletzung oder einer Gefahrensituation.

Die Notrufausfälle in den Jahren 2020 bis 2022 haben zu grossen Anstrengungen aller Betroffenen (Notdienste von Polizei, Feuerwehr und Sanität, BAKOM, der Konzessionärin der Grundversorgung sowie der Fernmeldediensteanbieter) geführt, die in dieser Vorlage nun eine wichtige regulatorische Grundlage bilden. Die Organisation Notrufe hat dabei einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass der vorliegende Entwurf eine hohe Qualität aufweist und die Bedürfnisse aller Betroffenen berücksichtigt.

Aus diesen Gründen befürwortet der Kanton Solothurn den vorliegenden Entwurf zur Verordnung über Fernmeldedienste (FDV) ausdrücklich, da er:

- die technologische Entwicklung aufgreift und zukunftsfähige Lösungen bietet,
- die Resilienz des Systems verbessert (u.a. gegen Überlast und Fehlkonfigurationen),
- sowie sowohl die Bedürfnisse der Notsuchenden als auch der Notrufdienste berücksichtigt.

3. Zu den einzelnen Bestimmungen

Art. 27 FDV

Wir befürworten diese Bestimmung und begrüssen ausdrücklich die explizite Trennung von Notdiensten und übrigen Services. Dadurch kann das Notrufwesen unabhängig von Hilfs- und Beratungsdiensten gestärkt werden. Zudem wird der schnellen Entwicklung in diesem Bereich Rechnung getragen.

Art. 28 FDV

Wir sind mit der Anpassung einverstanden und unterstützen diese.

Art. 28a Abs. 1 bis 4 FDV

Wir befürworten diese Bestimmung und begrüssen ausdrücklich Abs. 3, welcher dazu beiträgt, technische oder böswillige Störungen des Notrufdienstes zu verhindern und eine übergreifende Koordination der Anbieterinnen des öffentlichen Telefondienstes zu ermöglichen.

Art. 28a Abs. 5 FDV

Wir begrüssen ausdrücklich Abs. 5, der den Zugang zu den Notdiensten via Echtzeittext (RTT) sicherstellt, beantragen jedoch die folgende Anpassung:

«Die Mobilfunkkonzessionärinnen müssen im Rahmen des öffentlichen Telefondienstes den Zugang zu den Notdiensten auch mittels Echtzeittext (Real Time Text, RTT) gewährleisten.»

Dies stellt einen wesentlichen Fortschritt in Richtung Barrierefreiheit und somit für die Gleichstellung von Menschen mit Hörbehinderung dar. Der direkte Zugang zu den Notdiensten ist damit auch für diese Personen sichergestellt.

Art. 29, 29a und b FDV

Wir sind mit der Anpassung einverstanden und unterstützen diese. Die Standortidentifikation ist eine essenzielle Grundlage für die effiziente Notrufbearbeitung sowie für die rasche Zuführung von Rettungs- und Hilfeleistungen.

Art. 30 FDV

Wir befürworten diesen Artikel grundsätzlich, beantragen jedoch folgende Anpassung von Abs. 1:

«Die Anbieterinnen des öffentlichen Telefondienstes müssen bei der Sprachübermittlung über Internet über ihre eigenen Telefonanschlüsse die Leitweglenkung und die Standortidentifikation gewährleisten, sofern es die Technik zulässt. Wo dies weiterhin technisch nicht möglich ist, müssen diese nur bei Anrufen von dem im Abonnementsvertrag bezeichneten Hauptstandort aus gewährleistet sein.»

Diese Anpassung ist im Sinne der Notsuchenden zwingend, damit im Rahmen der (Festnetz-) Internettelefonie alle Informationen, analog zur Mobilfunktechnologie, übermittelt werden können, da dies technisch bereits heute möglich ist.

Art. 81 und 92 FDV

Wir sind mit der Anpassung einverstanden und unterstützen diese.

Art. 7 FAV

Wir befürworten diese Bestimmung und begrüssen ausdrücklich die in Abs. 2^{ter} erwähnten technischen Vorgaben an Smartphones, die sicherstellen, dass die Notdienste von Polizei, Feuerwehr und Sanität insbesondere für Menschen mit Hörbehinderung zugänglich sind.

Art. 28 und 28a AEFV

Wir befürworten diese Bestimmungen und begrüssen ausdrücklich die explizite Trennung von Notdiensten und übrigen Services. Dadurch kann das Notrufwesen unabhängig von Hilfs- und Beratungsdiensten gestärkt werden. Gleichzeitig wird der raschen Entwicklung in diesem Bereich Rechnung getragen.

4. Abschliessende Bemerkungen

Wir möchten darauf hinweisen, dass nach der Umsetzung der Vorgaben durch die Anbieterinnen des öffentlichen Telefondienstes gemäss Regulierung die Notdienste von Polizei, Feuerwehr und Sanität ebenfalls technische und operative Anpassungen vornehmen müssen. Diese werden auch auf Seiten der Notdienste eine angemessene Umsetzungszeit erfordern. Die Kommunikation über die Verfügbarkeit dieser Dienste gegenüber der Bevölkerung ist durch die Regulierungsbehörde in Absprache und Koordination mit allen betroffenen Organisationen sicherzustellen.

Wir regen an, zukünftige technologische Entwicklungen – wie beispielsweise Video-Notrufe im Sinne einer «Total Conversation» – in einer Überarbeitung des Fernmeldegesetzes (FMG) frühzeitig zu berücksichtigen.

Zudem empfehlen wir, allfällige Verweise auf technische Standards in den Technischen und Administrativen Vorschriften (TAV) abzubilden.

Die Vorlage stärkt das Schweizer Notrufwesen nachhaltig. Wir befürworten sie aus fachlicher wie auch praktischer Perspektive und danken für die breite Einbindung der betroffenen Akteurinnen und Akteure.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Sandra Kolly
Frau Landammann

sig.
Yves Derendinger
Staatsschreiber

6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

Eidgenössisches Departement
für Umwelt, Verkehr, Energie und
Kommunikation UVEK
tp-secretariat@bakom.admin.ch

Schwyz, 14. Oktober 2025

Änderung der Verordnung über Fernmeldedienste
Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 20. Juni 2025 hat das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK den Kantonsregierungen die Unterlagen zur Änderung der Verordnung über Fernmeldedienste vom 9. März 2007 (FDV, SR 784.101.1) zur Vernehmlassung bis 14. Oktober 2025 unterbreitet.

Der Kanton Schwyz stimmt der Ordnungsänderung zu. Die Anpassungen stellen einen wichtigen Schritt in Richtung einer modernen, inklusiven und krisenresilienten Notrufinfrastruktur dar. Insgesamt fördert die Revision die digitale Teilhabe, stärkt den Schutz und die präzise und schnelle Hilfe für Bevölkerung und erhöht die technische Robustheit des Schweizer Notrufsystems. Die geplanten Umsetzungsschritte sind realistisch und gut abgestimmt.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, Herr Bundesrat, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:

Michael Stähli
schreiber



Dr. Mathias E. Brun, LandammannStaats-

Staatskanzlei, Regierungskanzlei, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches Departement für
Umwelt, Verkehr, Energie und
Kommunikation (UVEK)
Herr Albert Rösti
Bundesrat
Bundeshaus Nord
3003 Bern

Frauenfeld, 23. September 2025
Nr. 511

Änderung der Verordnung über Fernmeldedienste

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme zum Entwurf für eine Änderung der Verordnung über Fernmeldedienste (FDV; SR 784.101.1) und teilen Ihnen mit, dass wir mit der Vorlage einverstanden sind. Für die weiteren Rechtsetzungsarbeiten bitten wir Sie indessen, die folgenden Bemerkungen zu berücksichtigen:

Art. 28a Abs. 5 FDV

Grundsätzlich begrüssen wir den Vorschlag zu Art. 28a Abs. 5 des Entwurfs, der den Zugang zu den Notdiensten via Echtzeittext (RTT) sicherstellt, beantragen aber die folgende Anpassung:

„Die Mobilfunkkonzessionärinnen müssen **im Rahmen des öffentlichen Telefondienstes** den Zugang zu den Notdiensten auch mittels Echtzeittext (Real Time Text, RTT) gewährleisten.“

Mit diesem Zusatz wird ein bedeutender Fortschritt in Richtung Barrierefreiheit und somit für die Gleichstellung von Menschen mit einer Hörbehinderung erreicht, indem der direkte Zugang zu den Notdiensten auch für diese Personen gewährleistet ist.

Art. 30 Abs. 1 FDV

Grundsätzlich befürworten wir den neuen Art. 30 FDV, beantragen aber für Abs. 1 die folgende Anpassung:

„Die Anbieterinnen des öffentlichen Telefondienstes müssen bei der Sprachübermittlung **via Internet über ihre eigenen Telefonanschlüsse** die Leitweglenkung und die Standortidentifikation gewährleisten, **sofern dies technisch möglich ist. Wo dies**

2/2

technisch nicht möglich ist, müssen Leitweglenkung und Standortidentifikation bei Anrufen von dem im Abonnementsvertrag bezeichneten Hauptstandort aus gewährleistet sein.“

Diese Anpassung ist im Sinne der Hilfesuchenden zwingend, damit im Rahmen der (Festnetz-)Internettelefonie alle Informationen, analog zur Mobilfunktechnologie, übermittelt werden können. Die Übertragung ist technisch bereits heute möglich.

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident des Regierungsrates

Der Staatsschreiber



Numero
4672

fr

0

Bellinzona
1 ottobre 2025

Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 41 11
fax +41 91 814 44 35
e-mail can@ti.ch
web www.ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Dipartimento federale dell'ambiente, dei
trasporti, dell'energia e delle comunicazioni
DATEC
3003 Berna

tp-secretariat@bakom.admin.ch
(Word e pdf)

Procedura di consultazione concernente la revisione parziale dell'ordinanza del 9 marzo 2007 sui servizi di telecomunicazione (OST)

Gentili signore, egregi signori,

abbiamo ricevuto la vostra lettera del 20 giugno 2025 in merito alla summenzionata procedura di consultazione e, ringraziando per l'opportunità che ci viene offerta di esprimere il nostro giudizio, formuliamo le seguenti osservazioni.

La revisione dell'Ordinanza sui servizi di telecomunicazione è accolta positivamente: le modifiche proposte rappresentano un passo significativo verso una maggiore inclusione, modernizzazione e rafforzamento del sistema di chiamata d'emergenza in Svizzera, con un conseguente aumento della sicurezza complessiva.

In particolare, l'introduzione del sistema *Real Time Text* (RTT) offre alle persone audiolese o impossibilitate a comunicare verbalmente un canale diretto ed efficace per contattare le centrali d'allarme dei servizi di emergenza. Le modifiche legislative proposte contribuiranno dunque a garantire un intervento più tempestivo ed efficiente da parte delle autorità di soccorso.

In merito a quanto suindicato, si rileva che presso la Centrale comune d'allarme (CECAL) è già in corso la configurazione di un software che permetterà di introdurre nuovi canali di comunicazione alternativi alla chiamata vocale, come la possibilità di inviare SMS e di effettuare una videochiamata. Ciò è limitato ai numeri gestiti dalla Polizia cantonale, ovvero i numeri 112, 117 e 118. Per contro, il 144 è escluso, poiché fisicamente separato. A livello tecnico, l'introduzione della funzione RTT richiederà un ulteriore aggiornamento. Tuttavia, ritenuto che la documentazione fornita non include i dettagli delle implementazioni tecniche necessarie, allo stato attuale non è ancora possibile definire quale sarà l'infrastruttura necessaria, quanto costerà l'implementazione né quali saranno i costi di gestione.

Le modifiche proposte all'Ordinanza sui servizi di telecomunicazione rispondono ai nuovi bisogni della società in materia di sistemi di allarmi rapidi ed efficienti, garantendo l'accessibilità anche a coloro che non possono avvalersi della comunicazione verbale. A questo riguardo, sarà rilevante valutare in futuro la possibilità di introdurre l'estensione del sistema RTT anche ai servizi di assistenza e consulenza previsti dal nuovo art. 28a ORAT.

Inoltre, potrebbe pure essere in avvenire di grande interesse valutare la possibilità di attivare le funzioni di localizzazione integrate nei dispositivi, anche senza il consenso esplicito dell'utente, ad esempio per la ricerca di persone scomparse.

In conclusione, considerate le tempistiche e le incertezze tecniche riscontrate, risulta difficilmente realizzabile integrare le novità illustrate nella presente procedura di consultazione nel quadro del progetto attualmente in corso presso la CECAL. Ne consegue che il Cantone dovrà sostenere dei costi aggiuntivi, al momento non quantificabili. Alla luce di quanto sopra, ci si riserva quindi la possibilità di intervenire nuovamente in futuro con osservazioni aggiuntive.

Vogliate gradire, gentili signore, egregi signori, i sensi della nostra massima stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente

Il Cancelliere

Norman Gobbi

Arnoldo Coduri

Copia a:

- Dipartimento delle istituzioni (di-dir@ti.ch)
- Segreteria generale del Dipartimento delle istituzioni (di-sg.ap@ti.ch)
- Polizia cantonale (polizia-segr@polca.ti.ch)
- Sezione del militare e della protezione della popolazione (di-smpp@ti.ch)
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Pubblicazione in Internet



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Herr Bundesrat Albert Rösti
Bundesamt für Kommunikation (BAKOM)

Per E-Mail
tp-secretariat@bakom.admin.ch

Änderung der Verordnung über Fernmeldedienste; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 20. Juni 2025 laden Sie uns ein, zur titelerwähnten Vorlage Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit. Der Kanton Uri schliesst sich der Stellungnahme der Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr an.

Die Vorlage stärkt das Schweizer Notrufwesen nachhaltig. Wir befürworten sie aus fachlicher und praktischer Perspektive und danken für die breite Einbindung der betroffenen Akteure. Wir begrüssen insbesondere:

- die Orientierung am Referenzmodell Notrufe Schweiz,
- die Praxistauglichkeit und Einbindung aller Akteure,
- die Einführung des Echtzeittextes (RTT) für einen barrierefreien Zugang,
- die Trennung von Not-, Hilfs- und Beratungsdiensten und
- die Einführung einer Kurznummer für die Opferhilfe zur Umsetzung der Istanbul-Konvention.

Mit der Vernehmlassung werden die Bedürfnisse der Notsuchenden und der entgegennehmenden Notrufdienste berücksichtigt und zukunftsfähig gestaltet. Dabei bildet das von der Organisation Notrufe in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) und den Mobilfunkanbietern erarbeitete Referenzmodell Notrufe die Grundlage. Mit den in der aktuell vorliegenden Vernehmlassung geplanten Massnahmen kann die Resilienz des Notrufwesens wesentlich verbessert werden. Zudem wird sichergestellt, dass die Notdienste von Feuerwehr, Polizei und Sanität insbesondere für Menschen mit einer Hörbehinderung zugänglich werden. Die Funktion ist zudem auch für

alle anderen Personen nutzbar, die situationsbedingt nicht sprechen können, etwa aufgrund einer Verletzung oder einer Gefahrensituation.

Die Notrufausfälle in den Jahren 2020 bis 2022 haben zu grossen Anstrengungen von allen Betroffenen (der Notdienste von der Feuerwehr, der Polizei und Sanität, dem BAKOM, der Konzessionärin der Grundversorgung und den Fernmeldediensteanbietern) geführt, die in dieser Vorlage nun eine wichtige regulatorische Grundlage bilden. Die Organisation Notrufe hat dabei einen wesentlichen Beitrag geleistet, dass der vorliegende Entwurf eine gute Qualität hat und die Bedürfnisse aller Betroffenen berücksichtigt.

Aus diesen Gründen befürworten wir den vorliegenden Entwurf zur Verordnung über Fernmeldedienste (FDV) ausdrücklich, da er die technologische Entwicklung aufgreift und zukunftsfähige Lösungen bietet, die Resilienz des Systems verbessert (z. B. gegen Überlast und Fehlkonfigurationen) und sowohl die Bedürfnisse der Notsuchenden als auch der Notrufdienste berücksichtigt.

Gerne weisen wir darauf hin, dass nach der Umsetzung der Vorgaben durch die Anbieterinnen und Anbieter des öffentlichen Telefondienstes gemäss Regulation die Notdienste von Feuerwehr, Polizei und Sanität ebenfalls technische und operative Anpassungen umgesetzt werden müssen. Diese werden auch auf Seiten der Notdienste eine angemessene Zeit in Anspruch nehmen. Die Kommunikation bezüglich der Verfügbarkeit dieser Dienste muss gegenüber der Bevölkerung mit allen betroffenen Organisationen seitens Regulationsbehörde abgesprochen und koordiniert werden.

Wir empfehlen, zukünftige technologische Entwicklungen wie zum Beispiel Video-Notrufe in einer Überarbeitung des Fernmeldegesetzes (FMG) frühzeitig zu berücksichtigen. Zudem empfehlen wir allfällige Verweise auf technische Standards in den Technischen und Administrativen Vorschriften (TAV) abzubilden. Im Hinblick auf einzelne Artikel schliessen wir uns der Stellungnahme der Feuerwehr Koordination Schweiz (FKS) an. Darauf sei verwiesen.

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen bedanken wir uns.

Altdorf, 3. Oktober 2025



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Christian Arnold

Der Kanzleidirektor-Stv.

Adrian Zurfluh

CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne

Monsieur le Conseiller fédéral
Albert Rösti
Chef du Département fédéral de
l'environnement, des transports, de
l'énergie et de la communication
Palais fédéral Nord
3003 Berne

Par courriel : tp-secretariat@bakom.admin.ch

Réf. : 25_GOV_672

Lausanne, le 1^{er} octobre 2025

Réponse à la consultation fédérale relative à la modification de l'ordonnance sur les services de télécommunication

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Conseil d'Etat vous remercie de l'associer à cette consultation et de lui permettre de faire part de ses déterminations dans le cadre de l'objet mentionné en titre.

Après examen du projet, vous trouverez nos commentaires généraux dans la présente lettre, ainsi que les commentaires liés directement aux articles, avec quelques propositions d'adaptation, dans l'annexe jointe.

D'une manière générale, le Conseil d'Etat estime que les modifications proposées représentent un pas important vers le renforcement, la modernisation et l'inclusion dans le système d'appel d'urgence, ce qui conduira à une nette augmentation de la sécurité du système d'appel d'urgence en Suisse et des personnes. De plus, le projet tient compte et respecte les besoins en sécurité des personnes vulnérables qui doivent pouvoir atteindre les numéros d'urgence, notamment le 117, autrement que par un appel vocal (victimes de violences domestiques qui tentent d'échapper à la violence, ou les personnes malentendantes). Les standards exigés par la Convention d'Istanbul, en matière de protection des victimes de violences, sont également respectés par l'introduction d'un numéro court pour l'aide aux victimes.

Il apprécie donc en particulier :

- l'introduction du texte en temps réel (RTT) pour un accès sans barrières ;
- l'introduction d'un numéro court pour l'aide aux victimes afin de mettre en œuvre la Convention d'Istanbul.

Les pannes des appels d'urgence pour les années 2020 à 2022 ont entraîné de gros efforts de la part de toutes les parties concernées (services d'urgence de la police, des pompiers et des services de secours, OFCOM, concessionnaires de l'approvisionnement de base et fournisseurs de services de télécommunication), qui constituent désormais une base réglementaire importante dans ce projet. L'organisation des appels d'urgence a largement contribué à ce que le présent projet soit de bonne qualité et tienne compte des besoins de toutes les personnes concernées.

Le Conseil d'Etat approuve donc le présent projet d'ordonnance sur les services de télécommunication (OST), car il prend en compte l'évolution technologique et propose des solutions d'avenir, améliore la résilience du système (notamment contre les surcharges et les configurations erronées) et il tient compte des besoins des personnes en détresse tant que des services d'urgence.

Cet accord est toutefois assorti de réserves. Le Conseil d'Etat relève en premier lieu que la séparation prévue entre les services d'urgence, d'assistance et de conseil n'apparaît pas pleinement cohérente. A cet égard, l'article 28a al. 1 let. c de l'ordonnance sur les ressources d'adressage dans le domaine des télécommunications (ORAT) pose problème, dans la mesure où il ne tient pas suffisamment compte des spécificités liées à l'aide aux victimes (projet de numéro unique national, 142) et aux objectifs déclarés d'améliorer l'intervention des pouvoirs publics dans ce domaine.

En effet, les nouvelles dispositions prévoient de classer l'aide aux victimes dans les services d'aide et de conseil, par opposition aux services d'urgence. Or les centres LAVI et le futur numéro 142, en charge de l'aide aux victimes, ont expressément pour mission de mener des interventions d'urgence, s'agissant par exemple de la mise en protection de la personne victime et/ou de ses proches ; on peut citer l'hébergement d'urgence, la coordination avec le réseau d'urgence (p.ex. si une personne mineure est concernée), les démarches juridiques d'urgence (p.ex. liées à la prolongation de l'éloignement de l'auteur), le dépannage financier temporaire urgent, etc. On notera par ailleurs que les compétences et prestations spécifiques des centres LAVI ne ressemblent en rien à celles des autres services de conseils cités dans l'ordonnance. De plus, les appels qui parviennent dans les centres LAVI, et à futur également au 142, exigent une durée de traitement courte au vu du nombre d'appels entrants.

Enfin, ne pas classer l'aide aux victimes dans la catégorie « service d'urgence » pourrait priver des organismes comme les centres LAVI de l'accès à la localisation des appelants et à l'affichage de leur numéro, outils précieux dans leur pratique professionnelle. Ce serait d'autant plus problématique pour un numéro national unique (ligne 142), appelé à rediriger les appels dans les bonnes régions. A ce propos, six cantons romands, dont Neuchâtel, ont prévu de mettre sur pied une centralisation du numéro d'urgence 142, pour la plage horaire de 18 heures à 8 heures du matin et les week-ends + jours fériés. Un outil de localisation est indispensable, et doit être permis expressément pour l'aide aux victimes par l'ordonnance.

En second lieu, le Conseil d'Etat souhaite attirer l'attention sur le fait qu'après la mise en œuvre des directives par les fournisseurs du service téléphonique public conformément à la réglementation, les services d'urgence de la police, des pompiers et des services de secours devront eux aussi procéder à des adaptations techniques et opérationnelles. Celles-ci prendront du temps et des ressources supplémentaires. Dès lors, le délai de 24 mois fixé pour la mise en œuvre, soit d'ici avril 2028, apparaît particulièrement contraignant et comporte un risque réel de ne pas pouvoir être respecté, d'autant plus que les modalités techniques demeurent encore largement imprécises à ce stade. Dans ce contexte, le Conseil d'Etat regrette que le rapport explicatif ne fournisse pas davantage de précisions, alors même que la réforme impliquera vraisemblablement d'importantes adaptations.

Pour le Conseil d'Etat, la communication concernant la disponibilité de ces services à la population doit être concertée et coordonnée avec l'ensemble des organisations concernées par l'autorité de régulation.

Il recommande par ailleurs d'intégrer suffisamment tôt les développements technologiques futurs — tels que les appels d'urgence vidéo dans le cadre de la « conversation totale » — dans une prochaine révision de la loi sur les télécommunications (LTC).

Enfin, le Conseil d'Etat préconise que les éventuelles références aux normes techniques soient publiées dans les prescriptions techniques et administratives (PTA).

En vous souhaitant une bonne réception de la présente, le Conseil d'Etat vous prie d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de sa considération distinguée.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE

LE CHANCELIER

Christelle Luisier Brodard

Michel Staffoni

Annexe

- Commentaires liés aux articles

Copies

- SSCM
- PCV
- OAE

Monsieur
Albert Rösti
Conseiller fédéral
Chef du Département fédéral de
l'environnement, des transports,
de l'énergie et de la communication
Palais fédéral ouest
3003 Berne



Notre réf. CV

Votre réf. /

Date

Modification de l'ordonnance sur les services de télécommunication : ouverture de la procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Par courrier du 20 juin, vous nous avez invités à prendre position sur le projet d'ordonnance mentionné en titre. Nous vous remercions de nous avoir donné la possibilité de nous exprimer et nous nous permettons d'ajouter les remarques et de formuler les demandes suivantes.

Nous estimons que les modifications proposées représentent un pas important vers le renforcement, la modernisation et l'inclusion dans le système d'appel d'urgence en Suisse, ce qui conduira à une nette augmentation de la sécurité dudit système.

Nous apprécions en particulier :

- L'orientation vers le modèle de référence des appels d'urgence en Suisse ;
- La faisabilité et l'implication de tous les acteurs ;
- L'introduction du texte en temps réel (RTT) pour un accès sans barrières ;
- La séparation entre les services d'urgence, d'assistance et de conseil ;
- L'introduction d'un numéro court pour l'aide aux victimes afin de mettre en œuvre la Convention d'Istanbul.

La consultation permet de prendre en compte les besoins des personnes en détresse d'une part, et des services d'urgence qui les reçoivent d'autre part, et d'assurer leur pérennité. Le modèle de référence pour les appels d'urgence, élaboré par l'organisation des appels d'urgence en collaboration avec l'OFCOM et les opérateurs de téléphonie mobile, en constitue la base. Les mesures prévues dans la présente consultation permettent d'améliorer considérablement la résilience du service d'appel d'urgence. En outre, il est garanti que les services d'urgence des pompiers, de la police et des services de secours seront accessibles, notamment aux personnes souffrant d'un handicap auditif. De plus, cette fonction est également utilisable par toutes les autres personnes qui ne peuvent pas parler selon la situation, par exemple en raison d'une blessure ou d'une situation de danger.

Les pannes des appels d'urgence pour les années 2020 à 2022 ont entraîné de gros efforts de la part de toutes les parties concernées (services d'urgence des pompiers, de la police et des services de secours, OFCOM, concessionnaires de l'approvisionnement de base et fournisseurs de services de télécommunication), qui constituent désormais une base réglementaire importante dans ce projet. L'organisation des appels d'urgence a largement contribué à ce que le présent projet soit de bonne qualité et tienne compte des besoins de toutes les personnes concernées.

Pour ces raisons, nous approuvons expressément le présent projet d'ordonnance sur les services de télécommunication (OST), car il prend en compte l'évolution technologique et propose des solutions d'avenir, il améliore la résilience du système (notamment contre les surcharges et les configurations erronées) et il tient compte des besoins des personnes en détresse tant que des services d'urgence.

Nous souhaitons attirer l'attention sur le fait qu'après la mise en œuvre des directives par les fournisseurs du service téléphonique public conformément à la réglementation, les services d'urgence des pompiers, de la police et des services de secours devront également mettre en œuvre des adaptations techniques et opérationnelles. Celles-ci prendront également du temps du côté des services d'urgence. Par conséquent, nous suggérons que les partenaires précités (pompiers, police et secours) se coordonnent en vue d'une communication unique à la population dès que les nouveaux services seront mis en fonction.

Nous recommandons de prendre en compte suffisamment tôt les développements technologiques futurs, tels que les appels d'urgence vidéo (dans le sens d'une "conversation totale"), dans une révision de la loi sur les télécommunications (LTC). Nous recommandons de publier les éventuelles références aux normes techniques dans les prescriptions techniques et administratives (PTA). Pour le surplus, nous nous rallions à la prise de position de la Coordination suisse des sapeurs-pompiers (CSSP).

Nous vous remercions de prendre en considération nos préoccupations.

Nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de notre considération distinguée.

Au nom du Conseil d'Etat

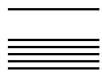
Le président

La chancelière

Mathias Reynard

Monique Albrecht

Copie à M. Christian Varone, Commandant de la Police cantonale valaisanne
tp-secretariat@bakom.admin.ch



Sicherheitsdirektion, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Departement
für Umwelt, Verkehr, Energie
und Kommunikation UVEK
Herr Bundesrat Albert RöstiArti-
keltext

T direkt +41 41 728 50 43
karin.bachmann@zg.ch
Zug, 12. September 2025 LIRM
SD SDS 7.11 / 446

Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über Fernmeldedienste Stellungnahme des Kantons Zug

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. Juni 2025 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, sich bis am 14. Oktober 2025 vernehmen zu lassen. Der Regierungsrat des Kantons Zug hat die Sicherheitsdirektion mit der direkten Erledigung der Vernehmlassung beauftragt. Nach Rücksprache mit der Volkswirtschaftsdirektion sowie der Gesundheitsdirektion nehmen wir wie folgt zur Vorlage Stellung.

I. Allgemeines

Wir begrüssen den vom Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) erarbeiteten Entwurf. Die vorgeschlagenen Änderungen stellen einen bedeutenden Schritt zur Stärkung, Modernisierung und Inklusion im Notrufwesen der Schweiz dar, welcher zu einer deutlichen Steigerung der Systemsicherheit des Notrufwesens in der Schweiz führt. Der Entwurf greift die technologische Entwicklung auf und bietet zukunftsfähige Lösungen, verbessert die Resilienz des Systems (u.a. gegen Überlastung und Fehlkonfigurationen) und berücksichtigt sowohl die Bedürfnisse der Notsuchenden als auch der Notrufdienste.

Wir begrüssen insbesondere:

- Die Orientierung am Referenzmodell Notrufe Schweiz;
- Die Praxistauglichkeit und Einbindung aller Akteure;
- Die Einführung des Echtzeittextes (RTT) für einen barrierefreien Zugang;
- Die Verbesserungen im Bereich Standortidentifikation;
- Die Trennung von Not-, Hilfs- und Beratungsdiensten;
- Die Einführung einer Kurznummer für die Opferhilfe zur Umsetzung der Istanbul-Konvention.

Im Einzelnen stellen wir folgende Anträge bzw. nehmen dazu wie folgt Stellung:

II. Anträge und Stellungnahmen sowie Begründung

- 1. Art. 28a Abs. 5 FDV sei wie folgt zu ergänzen: «Die Mobilfunkkonzessionärinnen müssen im Rahmen des öffentlichen Telefondienstes den Zugang zu den Notdiensten auch mittels Echtzeittext (Real Time Text, RTT) gewährleisten. »**

Damit wird klargestellt, dass die Verpflichtung den öffentlichen Telefondienst betrifft. Im Übrigen befürworten wir Art. 28a FDV und insbesondere Abs. 3, welcher dazu dient, technische oder böswillige Störungen des Notrufdienstes zu verhindern, und eine übergreifende Koordination der Anbieterinnen des öffentlichen Telefondienstes ermöglicht.

- 2. Art. 30 Abs. 1 FD sei wie folgt anzupassen: «Die Anbieterinnen des öffentlichen Telefondienstes müssen bei der Sprachübermittlung über Internet über ihre eigenen Telefonanschlüsse die Leitweglenkung und die Standortidentifikation gewährleisten, sofern es die Technik zulässt. Wo dies weiterhin technisch nicht möglich ist, müssen diese nur bei Anrufen von dem im Abonnementsvertrag bezeichneten Hauptstandort aus gewährleisten sein.»**

Diese Anpassung ist im Sinne des Notsuchenden zwingend, damit im Rahmen der (Festnetz-) Internettelefonie alle Informationen, analog zur Mobilfunktechnologie, übermittelt werden können, da dies technisch bereits heute möglich ist.

Ferner weisen wir darauf hin, dass nach der Umsetzung der Vorgaben durch die Anbieterinnen des öffentlichen Telefondienstes die Notdienste von Polizei, Feuerwehr und Sanität ebenfalls technische und operative Anpassungen vornehmen müssen. Diese werden auch auf Seiten der Notdienste eine angemessene Zeit in Anspruch nehmen. Die Kommunikation bezüglich der Verfügbarkeit dieser Dienste muss entsprechend mit allen betroffenen Organisationen abgesprochen und koordiniert werden. Weiter empfiehlt es sich, zukünftige technologische Entwicklungen, wie zum Beispiel Video-Notrufe (im Sinne einer «Total Conversation»), in einer Überarbeitung des Fernmeldegesetzes (FMG; SR 784.10) frühzeitig zu berücksichtigen. Im Übrigen könnten allfällige Verweise auf technische Standards sinnvollerweise in den Technischen und Administrativen Vorschriften (TAV) abgebildet werden.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anträge.

Seite 3/3

Freundliche Grüsse
Sicherheitsdirektion

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'L. Dittli', with a stylized, flowing script.

Laura Dittli
Regierungsrätin

Versand per E-Mail an:

- Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK (tp-secretariat@bakom.admin.ch; als PDF- und Word-Version)
- Volkswirtschaftsdirektion (info.vds@zg.ch)
- Gesundheitsdirektion (info.gd@zg.ch)
- Zuger Polizei (kommandooffice.polizei@zg.ch; Rechtsdienst.Polizei@zg.ch)
- Amt für Bevölkerungsschutz, Zivilschutz und Militär (info.abzm@zg.ch)
- Staatskanzlei (info.staatskanzlei@zg.ch; Abschluss der GEVER-Aufgabe)



Elektronisch an tp-secretariat@bakom.admin.ch



**Kanton Zürich
Regierungsrat**

staatskanzlei@sk.zh.ch
Tel. +41 43 259 20 02
Neumühlequai 10
8090 Zürich
zh.ch

Eidgenössisches Departement für Umwelt,
Verkehr, Energie und Kommunikation
3003 Bern

17. September 2025 (RRB Nr. 931/2025)

Änderung der Verordnung über Fernmeldedienste (Vernehmlassung)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 20. Juni 2025 haben Sie uns zur Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über Fernmeldedienste (FDV; SR 784.101.1) sowie der Verordnung über Fernmeldeanlagen (SR 784.101.2) und der Verordnung über die Adressierungselemente im Fernmeldebereich (SR 784.104) eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und teilen Ihnen mit, dass wir die vorgeschlagenen Änderungen grundsätzlich begrüssen. Dazu haben wir die folgenden Bemerkungen:

In Bezug auf die dreistellige Telefonnummer für die Opferhilfe gehen wir davon aus, dass keine Verbindungsnachweise auf der Rechnung der anrufenden Person erscheinen. Dies ist insbesondere im Kontext von häuslicher Gewalt von grosser Bedeutung, da Betroffene häufig einer umfassenden Kontrolle durch ihre Partnerinnen bzw. Partner unterliegen. Bezüglich Art. 30 E-FDV regen wir an, dass die Gewährleistung der Leitweglenkung und der Standortidentifikation sowohl bei der Mobilfunktelefonie als auch der Internettelefonie eingefordert wird, soweit dies technisch möglich ist.

Die vorgesehene Einführung von Echtzeittext wird für den Telekommunikationssektor mit Mehrkosten verbunden sein. Dabei ist es wichtig, im Austausch mit den betroffenen Unternehmen sicherzustellen, dass die von diesen zu tätigenden Investitionen in einem angemessenen Verhältnis zum Nutzen und zur Wirtschaftskraft der betroffenen Unternehmen stehen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Die Staatsschreiberin:

Dr. Martin Neukom

Dr. Kathrin Arioli

